

Liebe KollegInnen,

heute im Newsletter:

- 1. Verantwortung**
- 2. Landtagswahl BW 2026 / Fundstellen zu „Jugendhilfe“ und „Eingliederungshilfe“ in den Wahlprogrammen**

1. Verantwortung

und Vertrauen in der Kinder- und Jugendhilfe mit der Generation Z und Generation Alpha verstehen und begleiten.

Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe arbeiten zunehmend mit jungen Menschen aus der Generation Z und der Generation Alpha. Diesen Generationen wird ein geringes Verantwortungsbewusstsein zugeschrieben. In der Jugendhilfe befinden sie sich in Situationen mit jungen Menschen, die stark belastet, unreflektiert und unsicher sind.

Für die Jugendhilfe stellt sich daher die Frage, wie die notwendige Verantwortungsübernahme der Professionellen zum Wohl aller Beteiligten gut gelingen kann.

Verantwortung wird von diesen Generationen heute anders erlebt als in früheren Generationen. In der Praxis zeigt sich:

- Verantwortung wird nicht automatisch an Rollen (z. B. „du bist die/der Dienstälteste“) geknüpft.
- Verantwortung ist an die konkrete Situation gekoppelt und wird nicht als generalistisch verstanden.
- Selbstfürsorge wird als Teil verantwortlichen Handelns verstanden („Ich kann nur Verantwortung übernehmen wenn ich nicht überlastet werde“).

Für Fachkräfte bedeutet das, dass vielfach Aushandlungsprozesse im Konkreten erforderlich sind. Damit ist aber keine dispositive Verantwortungsübernahme im Sinne einer kontinuierlichen Risiko- und Steuerungsbewertung möglich.

Die Generation Z zeigt ein hohes Verantwortungsgefühl, etwa für:

- jüngere Geschwister,
- das soziale Klima in Gruppen,
- Themen wie Diskriminierung, Klima oder mentale Gesundheit.

Gleichzeitig setzen sie klare Grenzen in der praktischen Verantwortungsübernahme. In der Praxis bedeutet das:

- Rückzug bei Überforderung,
- Ablehnung von Aufgaben ohne erkennbare Sinnhaftigkeit,
- Hohe Sensibilität für Ungerechtigkeit und Intransparenz,

Konsequenzen:

- Verantwortung sollte klar definiert und begrenzt sein.

- Erwartungen müssen transparent und realistisch formuliert werden.
- Anerkennung ist wichtiger als Kontrolle.

Junge Menschen der Generation Alpha sind oft früh mit großen Themen konfrontiert (Klimawandel, Krieg, Inklusion), haben aber begrenzte Einflussmöglichkeiten erlebt.

- Mitarbeitende dieser Generation übernehmen emotional Verantwortung („Ich will helfen“),
- fühlen sich aber schnell ohnmächtig oder schuldig.

Konsequenzen:

- Verantwortung aus dem emotionalen Empfinden in einen objektivierbaren Zusammenhang stellen
- Handlungsmöglichkeiten konkret und überschaubar gestalten

Für beide Generationen ist das Erlernen von Handlungsmöglichkeiten in komplexen Situationen, das Verständnis von Dilemmata als Basis einer angemessenen Fehlertoleranz und der Unterscheid zwischen Verantwortungsübernahme für den Prozess und Verantwortungsübernahme für das Ergebnis wichtig.

Verantwortung in diesem Sinne ist ein Entwicklungsprozess. zu dem die Generation Z und Generation Alpha wichtige Kompetenzen mitbringen wie Reflexionsfähigkeit, Sensibilität für Gerechtigkeit und den Wunsch nach Mitgestaltung.

Die Aufgabe für Führung und Leitung besteht darin, **Räume zu schaffen**, in denen Verantwortung:

- freiwillig übernommen,
- begrenzt gestaltet,
- begleitet reflektiert
- und gemeinsam getragen wird.

So wird Verantwortung nicht zur Last, sondern zur Ressource.

Verantwortungsübernahme ist übrigens im Ranking, warum Führungsstelle schwierig zu besetzen sind auf Platz 2, neben „Arbeitsbelastung zu hoch“ (Platz 1) und „Privatleben käme zu kurz“ (Platz 3). Hier geht es zum entsprechenden Link der KoFa-Studie

https://www.kofa.de/media/Publikationen/KOFA_Kompakt/2026-01_KOFA_Kompakt_Fuehrung.pdf

2. Landtagswahl BW 2026 / Fundstellen zu „Jugendhilfe“ und „Eingliederungshilfe“ in den Wahlprogrammen

Fundstellen zu „Jugendhilfe“ und „Eingliederungshilfe“ in den Wahlprogrammen

Bei der Abfolge habe ich mich an die Wahlergebnisse 2021 gehalten.

Die relevanten Passagen der Programme enthalten unter anderem folgende Aussagen:

Partei	Programmstelle (Auszug)
Grüne	BeJuga (Beschäftigungsförderung + Jugendhilfe): „Beschäftigungsförderung und Jugendhilfe (BeJuga) wollen wir fortführen, finanziell besser ausstatten und an noch mehr Standorten anbieten.“ S.14 letzter Absatz Jugendhilfe-Kooperation: „Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen, Jobcentern, Kommunen und Jugendhilfe sind ein wirksames Instrument, um junge Menschen frühzeitig zu erreichen...“ S.35 2. Spalte 1. Absatz Jugendhilfe im ländlichen Raum: „Jugendliche im ländlichen Raum brauchen verlässliche Strukturen... stabile Jugendhilfestrukturen, sichere Verkehrsanbindungen und digitale Angebote, die Teilhabe nicht vom Wohnort abhängig machen.“ S.68 2. Spalte 2. Absatz „Nach Jahren des Rückgangs steigt die Jugendkriminalität wieder. Das ist eine Entwicklung, die wir ernst nehmen. Jugendkriminalität bekämpfen wir an der Wurzel und setzen auf gute Präventionsarbeit. Das bedeutet für uns: gute Sozialpolitik, Chancengerechtigkeit in der Bildung, Ausbau der Jugendhilfe. Außerdem wollen wir die offene Kinder- und Jugendarbeit sowie die Mobile Jugendarbeit stärken. Kommt es zu Straftaten, gilt es, die Möglichkeiten des Jugendstrafrechts optimal zu nutzen. Maßstab muss sein: Erziehen ist wirksamer als bestrafen. Freiheitsstrafen im geschlossenen Vollzug sind kein geeignetes Mittel. Besser sind frühe, zielgerichtete Interventionen in den Häusern des Jugendrechts, die wir in der Fläche ausweiten wollen. Die Plätze in geschlossenen Jugendhilfeeinrichtungen und in der Jugendforensik müssen ausgebaut werden.“ S. 77 2. Spalte 3. Absatz
CDU	Kinder- und Jugendhilfe: „Kinderschutz ... Den Masterplan Kinderschutz bauen wir aus... Wir schaffen landesweit einheitliche Standards für die Kinder- und Jugendhilfe.“ S.47 letzter Absatz Teilhabe: „Menschen mit Behinderungen sollen selbstbestimmt und gleichberechtigt leben... Inklusion sehen wir als gemeinsame Aufgabe, von der alle profitieren.“ (zum Bundesteilhabegesetz) S.49 Absatz 1
SPD	BeJuga-Ausbau: „Das erfolgreiche Projekt BeJuga (‘Beschäftigungsförderung und Jugendhilfe gemeinsam anpacken’) ... fördern wir an 31 Standorten. Wir weiten es auf alle Landkreise aus und entwickeln es zum Regelinstrument...“ Seite 11 letzter Absatz Kinderschutz/Jugendhilfe: „Wir weiten den Kinderschutz und die Jugendhilfe massiv aus. Kinder und Jugendliche verdienen besonderen Schutz und Förderung. Mit gleichen Standards für alle Jugendämter und einer besseren Zusammenarbeit der Akteur:innen stärken wir den Kinderschutz in Baden-

Partei	Programmstelle (Auszug)
	Württemberg. In allen Kitas und Schulen des Landes muss es wirksame Kinderschutzkonzepte geben. Wir wollen Anreize für Schutzkonzepte in allen Einrichtungen schaffen, in denen sich Kinder und Jugendliche regelmäßig aufhalten. Wir werden die Empfehlungen der Kommission Kinderschutz konsequent umsetzen. ...“ S.25 zweite Spalte 3. Absatz Schul-Jugendhilfe: „An allen Schulen soll es Zugang zu Jugendhilfe geben. ... Die Kinder- und Jugendhilfeplanung auf Landesebene sichern wir langfristig.“ S.25 zweite Spalte 4. Absatz Wir richten in allen Landgerichtsbezirken Häuser des Jugendrechts ein. Im Bereich der Kriminalprävention richten wir in allen 17 Landgerichtsbezirken Häuser des Jugendrechts ein, in denen Delikte minderjähriger Beschuldiger durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe gemeinsam bearbeitet werden. S.35 erste Spalte 2.+3. Absatz Eingliederungshilfe: „Wir verbessern die Eingliederungshilfe in Baden-Württemberg. Dabei achten wir besonders darauf, dass die Unterstützung gut zu den einzelnen Menschen passt...“ S.26 erste Spalte 3.+4. Absatz
FDP	Teilhabe/Inklusion: „Nichts über uns ohne uns‘ ist Leitgedanke der UN-BRK... Teilhabe ist ein Menschenrecht. Wir Freie Demokraten machen es einfach... Teilhabe bedeutet, überall mitmachen zu können.“ S.104 Bundesteilhabegesetz: „Wir werden die viel zu aufwändige Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes pragmatischer ausrichten... Wir wollen, dass die notwendigen Leistungen zur Teilhabe bei den Menschen mit Behinderungen ankommen...“ S.104
AfD	Inklusion: „Keine Inklusion um jeden Preis – Die AfD steht für Inklusion mit Augenmaß. Die Inklusion von Schülern mit Einschränkungen in die Regelschulen ... darf aber nur so praktiziert werden, dass Mitschüler und Lehrkräfte – insbesondere die Inklusionsschüler selbst – nicht überfordert werden.“ S. 53 Kinder(-schutz/Erziehung): „Kinder und Jugendliche sind ... gegen Ausbeutung, Vernachlässigung und gegen sittliche, geistige, körperliche und seelische Gefährdung zu schützen“ (Art. 13 Grundgesetz). Dazu gehört nach Ansicht der AfD „auch der Schutz vor einer seelischen Gefährdung durch Frühsexualisierung und Gender-Ideologie.“ S.36 3. Absatz
Linke	Behindertenpolitik: „Nichts über uns ohne uns“ ist das Motto selbstbestimmter Behindertenpolitik. Hindernisse für Menschen mit Behinderung, psychischen Erkrankungen und Neurodiversität müssen beseitigt

Partei	Programmstelle (Auszug)
	werden. Die Linke will die 2009 in Deutschland unterzeichnete UN-Behindertenrechtskonvention sofort und konsequent umsetzen. Bisher finden viele Menschen mit Behinderungen nur in Sondereinrichtungen geeignete Bedingungen vor. Dagegen wollen wir ihnen ein Leben in der Mitte der Gesellschaft ermöglichen und diese Parallelwelt überflüssig machen.“ Beides Seite 34 Zum Zeitpunkt der Recherche war nur ein Entwurf des Landesverbandes zugänglich bei dem das Thema Jugend im Inhaltsverzeichnis war aber fehlte.

Bei der Suche sind alleine die Inhaltsverzeichnisse schon interessant, da diese Auskunft geben über die Prioritäten. Daher auch die aktuellen Inhaltsverzeichnisse als Anhang.

Auffällig: Jugendhilfe an sich existiert nicht. Fragen der Sprachförderung, Chancengleichheit, Inklusion werden eher als Bildungsthemen verstanden. Bei Jugendlichen als Themen der Integration in Ausbildung und Beschäftigung. Eine Strategie im Hinblick auf ein wertebasiertes Sozialisationsziel zur Stärkung von Kinder und Jugendlichen die in einer superdiversen deutschen Gesellschaft (dazu El-Mafaalani u.a., Kinder-Minderheit ohne Schutz) aufwachsen werden findet sich an keiner Stelle. Aussagen zur Jugendhilfe als chancenwahrendes, förderndes, in Schutz nehmendes und ausgleichendes Angebot, sind nicht zu finden.

Vergessen wir gerade die wichtigste Generation? Ich denke, dass es wichtig ist, sich wo immer das möglich ist, gemeinsam zu Wort zu melden. Junge Menschen sollten wir nicht nur als KlientInnen sondern vor allem als MandantInnen verstehen.

Ich wünsche Euch und Ihnen einen guten Jahresstart und freue mich auf die Begegnungen

Ihr

Michael Schröpfer

old is not dead UG
Karl-Schrempp-Str. 9
76133 Karlsruhe
0174 76 15 732

www.oind.de

Wer sich gerne austragen möchte, bitte einfach auf diese Mail antworten und „bitte austragen“ schreiben. Wer in den Verteiler aufgenommen werden möchte bitte ebenfalls einfach ein kurze Mail senden.